

Pressemitteilung

22. Februar 2013

Ökonomenumfrage

Experten lehnen Vermögensteuer ab

Berlin - Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer würde mehr schaden als helfen. Eine Vermögensteuer würde nicht zur Haushaltskonsolidierung beitragen, dafür hohe Bürokratiekosten verursachen und Arbeitsplätze gefährden. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Befragung von 76 Wirtschaftswissenschaftlern, die von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche (WiWo) durchgeführt wurde.

Die volkswirtschaftliche Meinung über die Einführung einer Vermögensteuer ist eindeutig: Von den 76 befragten Ökonomen lehnen 52 eine Vermögensteuer rundweg ab. **Prof. Dr. Juergen B. Donges**, Universität Köln, der an der Umfrage teilgenommen hat: "Bei einer Wiedererhebung der Vermögensteuer kämen die alten Probleme zurück: fiskalisch wäre sie wenig ergiebig, eine gleichmäßige Besteuerung aller Vermögensarten nicht praktikabel und die Trennung von Privatund Betriebsvermögen sehr schwierig."

Befürworter der Einführung einer Vermögensteuer argumentieren vorrangig damit, dass die Steuer zur Haushaltskonsolidierung beitragen könnte. Dem widerspricht die große Mehrheit der Professoren. Von den 76 befragten Ökonomen vertreten ebenfalls 52 die Ansicht, dass dies nicht der Fall wäre. Lediglich 21 denken, dass eine Vermögensteuer zur Haushaltskonsolidierung beitragen würde. Von diesen 21 schätzen wiederum 19 das Ausmaß des Beitrags als gering ein.

Die Mehrheit der Befragten (49) ist zudem der Meinung, dass die Erhebung einer Vermögensteuer Arbeitsplätze gefährden würde. "Die Vermögenssteuer greift die Substanz der Unternehmen an, da sie auch bezahlt werden muss, wenn keine Gewinne erwirtschaftet werden. Das bedroht Arbeitsplätze", so INSM-Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr**.

Die Befragung für das vorliegende IW-Expertenvotum fand in der Zeit vom 10. bis zum 21. Dezember 2012 statt und wurde online durchgeführt. 76 Professoren, die an Universitäten in Deutschland tätig sind, haben sich an der Befragung beteiligt.

Die gesamte Umfrage inklusive Grafiken finden Sie unter www.deutschland-check.de

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.